



Der Ausländerbeirat



Az.: ABR/MR

Gießen, den 15. März 2022

Stabsstelle 95 –
Antidiskriminierung,
Integration und Teilhabe
Markéta Roska
Gebäude B, Raum B213
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1790
marketa.roska@lkgi.de
www.lkgi.de

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen am 15.02.2022 Online

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 28. Januar eingeladen.

Es sind anwesend:

Kreisausländerbeirat

Melek Adigüzel	Stellv. Vorsitzende
Zeynep Adigüzel	
Zulal Ali	
Marcel Dossou	
Abderrahim En Nosse	
Sarah Karjee	
Natallia Knöbl	
Muriel Lüdke Campos-García	
Teresa Martella	
Maryam Mourad	
Anastasia Müller	
Stergios Svolos	
Philipp van Slobbe	
Tim van Slobbe	Vorsitzender
Juan Bautista Ybanez Centeno	

Nicht entschuldigt:

Lütfi Göktas
Ahmed Harun
Elias Louli
Sally Louli
Tarik Mouhib
Mohamed Osman Ali

Verwaltung

Markéta Roska

Weitere Teilnehmende auf der Anwesenheitsliste im Anhang.

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung

Die beiden Vorsitzenden, Tim VAN SLOBBE und Zeynal SAHIN, eröffnen um 18:37 Uhr die gemeinsame Sitzung der Ausländerbeiräte des Landkreises und der Stadt Gießen. Sie begrüßen alle Zugeschalteten und stellen beide die Beschlussfähigkeit für ihren jeweiligen Ausländerbeirat fest.

2. Medinetz Gießen-Marburg: Konzept zur Einführung des Anonymen Behandlungsscheins in Hessen

Maxi HASLACH, Rebecca MAITRA und Sophia von NASSE von den Medinetzen Gießen und Marburg stellen sich vor. Sie präsentieren das Konzept „Anonymer Behandlungsschein und Clearingstellen in Hessen – Gesundheit für alle in Hessen“.

Thema und Ziel des Vorhabens, das in Hessen durch die Medinetze Gießen und Marburg angestoßen wurde, ist die Gesundheitsversorgung von Menschen, die keinen Krankenversicherungsschutz haben. Die medizinische Versorgung durch die Einführung eines Anonymen Behandlungsscheins und flächendeckende Beratung, die auf Krankenversicherungsschutz spezialisiert ist, sollen geschaffen werden. Ein Bündnis gründet sich morgen um 16 Uhr, um die Kampagne zu tragen. Wer Teil des Bündnisses werden möchte, kann sich bei info@medinetz-marburg.de oder medinetz-giessen@posteo.de melden.

Die Kampagne „Gesundheit für alle in Hessen“ kann auch durch das Zeichnen und Verbreiten der Petition <https://www.change.org/gesundheit-für-alle-in-hessen> unterstützt werden. Die Petition soll im Mai überreicht werden.

Gespräche mit allen Fraktionen im Landtag werden geführt, die Regierungskoalition schien für das Thema offen, hat aber im Haushalt für 2022 kein Geld dafür eingestellt. Deshalb soll jetzt das Problembewusstsein aufgefrischt/gestärkt werden, damit das nötige Geld für den Haushalt 2023 eingeplant wird.

Im Anschluss an die Präsentation werden Fragen beantwortet und Überlegungen gemeinsam angestellt. Die Ausländerbeiratsvorsitzenden bedanken sich bei den Medinetzen für ihr Engagement!

3. Vorstellung des Projekts BIWAQ in der nördlichen Weststadt

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates der Stadt Gießen, Zeynal SAHIN, gibt den Vertreterinnen des Projekts „BIWAQ in der nördlichen Weststadt“ das Wort:

Katja GÄNGER und Claudia PITZER stellen das Projekt vor. Die Abkürzung BIWAQ steht für „Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Quartier“. Schwerpunkt des Projekts ist es, Menschen in Arbeit zu bringen. Das Projekt

arbeitet unabhängig vom Jobcenter und seinen Bedingungen. Alle Teilnehmenden müssen in der Stadt Gießen wohnen und über 27 Jahre alt sein. Die Teilnahme ist kostenlos und freiwillig. Es gibt u.a. Deutschunterricht in kleinen Gruppen (ein- bis zweimal wöchentlich in kleinen Gruppen für 1,5 Stunden) – auch für Mütter mit Kindern. Es gibt ein Nähtreff, zu dem man ohne Anmeldung kommen kann. Im März wird das Dienstags-Café fortgesetzt und ein Schweißkurs ist geplant. Am 13. April wird es eine Impfaktion geben. Die Zuweisung zum Projekt läuft wie erwähnt nicht über das Jobcenter, vielmehr wird für die Teilnahme über Netzwerkpartner geworben. Maria HUTSYLO, Geschäftsführerin des Ausländerbeirates Gießen, erhält detailliertere schriftliche Informationen. Wer sie abfragen möchte, kann sich an Maria.Hutsylo@giessen.de wenden. Zwei aktuelle Flyer zum Projekt sind diesem Protokoll als Anhang beigefügt.

Zeynal SAHIN bedankt sich für den Vortrag und lobt das Projekt. Er kenne persönlich Menschen, die mithilfe des BIWAQ Arbeit gefunden haben.

4. Muttersprachlicher Unterricht in Gießen und Umgebung

Tim VAN SLOBBE führt mit einigen kurzen Erläuterungen in das Thema ein: Unter Muttersprachlichem Unterricht (MSU) verstehen die Ausländerbeiräte den selbstorganisierten Unterricht durch Eltern, Vereine u.a. Initiativen. Unter Herkunftssprachlichem Unterricht (HSU) verstehen sie bisher den durch das Schulamt organisierten Unterricht, der als zusätzliches Angebot und in Abgrenzung zum Fremdsprachenunterricht an den Schulen zu sehen ist. Er plädiert dafür, dass Schüler*innen in staatlichen Schulen auch ermöglicht werden sollte, in den Herkunftssprachen Abitur und andere zeugnisrelevante Prüfungen abzulegen.

Kerstin GROMES und Christoph BACH tragen die Informationen des Staatlichen Schulamts zum HSU vor. Die Organisation des HSU ist dabei nicht einheitlich, sondern erfolgt je nach Sprache in Kooperation auf unterschiedliche Weise. Ein erheblicher Teil der Angebote erfolgt durch die Botschaften und die Verantwortung liegt bei den Herkunftsländern, die die Lehrkräfte mit der Durchführung beauftragen. Teilweise ist dieser Unterricht kostenpflichtig. Ein weiterer Teil der Sprachen wird durch das Land Hessen verantwortet. In diesem Fall beauftragt das Land Hessen Lehrkräfte, die i.d.R. ein Lehramtsstudium im Herkunftsland absolviert haben.

Dem HSU ist der Status einer AG zugeordnet – also eines freiwilligen Wahlunterrichts. Die Teilnahme wird mit einem Vermerk im Zeugnis dokumentiert („teilgenommen“, „mit Erfolg teilgenommen“ oder „mit gutem Erfolg teilgenommen“). Der HSU wird also nicht benotet und ist nicht versetzungsrelevant.

Die Präsentation zum Angebot ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Das Schulamt setzt sich derzeit auch für eine Erweiterung des Fremdsprachenangebotes ein.

Nach dem Vortrag werden Fragen beantwortet und das Thema diskutiert:

Zeynal SAHIN und andere Vertreter*innen der Ausländerbeiräte fordern, dass das Land Hessen den gesamten HSU verantwortet. Die von den Herkunftsländern entsendeten Lehrkräfte hätten teilweise nicht eine angemessene pädagogische Ausbildung, es gebe keine Kontrolle über die Unterrichtsinhalte und Methoden. Die Ausländerbeiräte wollten sich außerdem weiterhin für eine Erweiterung des Fremdsprachenangebotes einsetzen, das unserer interkulturellen Gesellschaft und der Forderung der EU nach Mehrsprachigkeit aller Menschen mehr entspricht.

Die Schulamtsvertreter*innen merken an, dass Hessen zu den Bundesländern mit einem eher geringen Sprachangebot zählt. Chinesisch und Portugiesisch seien zuletzt im Sprachen-Canon aufgenommen worden. NRW bietet auch Türkisch als Fremdsprache an. Barbara LANGE (KAV Frankfurt) ergänzt, dass in Hessen seit letztem Jahr auch Polnisch und Arabisch als Fremdsprachen angeboten werden – die Einführung des Türkischen wurde leider abgelehnt. Mehr dazu in diesem Artikel:

https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Gesellschaft-2/Fremdsprachenunterricht-Polnisch-und-Arabisch-kein-Tuerkisch-37535.html .

Da das Schulamt nicht weisungsbefugt, sondern nur vermittelnd tätig, ist, können sowohl die Erweiterung des Sprachangebotes als auch der Zugriff auf die Lehrkräfte nur politisch gelöst werden.

Es werden auch die Probleme der sachgrundlosen Befristung der Lehrverträge und der geringen Stundenzahl angesprochen.

Außerdem wird über das Problem gesprochen, dass viele Schulen offensichtlich die Eltern über die Möglichkeit des HSU nicht ausreichend informieren, weshalb der Anschein einer geringen Nachfrage entsteht. Das Schulamt, das für die Abfragen an die Schulen zuständig ist, erhält nur schwache Rückmeldung. Dabei gäbe es zum Beispiel für Arabisch trotz der relativ hohen Anforderungen eine geeignete Lehrkraft (für prüfungsrelevante Angebote müssen die Lehrkräfte ein abgeschlossenes Studium und eine Eignungsentsprechung haben, die Herkunftssprachen werden in Deutschland aber nur selten im Rahmen des Lehramtsstudiums angeboten).

Für die Sprachen Polnisch und Arabisch bietet Kerstin GROMES gesonderte Gesprächstermine an.

Abderrahim EN-NOSSE bietet an, ein Treffen zum Thema Arabisch zu koordinieren. Wer sich für Arabisch interessiert, möge sich an Abderrahim EN-NOSSE wenden.

Olga ROYAK (AB Gießen und Deutsch-Russisches Zentrum – DRZ) bietet an, gemeinsam mit dem Schulamt an einem Russisch-Angebot zu arbeiten. Auch das DRZ habe das Lehr- und Unterstützungs-Angebot der Russischen Föderation bewusst abgelehnt, um die politische Neutralität des Sprachangebotes des Vereins zu wahren. 200 Kinder und Jugendliche lernen Russisch beim DRZ.

Kerstin GROMES appelliert noch an zugewanderte Eltern, sich in die Elternbeiräte wählen zu lassen. Wenn an einer Schule nicht informiert wird, bittet sie um Meldung an das Schulamt und darum, die Elternbeiräte einzubeziehen.

Anna BOUKA, Vorsitzende des Elternvereins für HSU Griechisch will alle Eltern motivieren, sich für den HSU einzusetzen. Sie bedankt sich bei

Frau GROMES und Herrn BACH für die Unterstützung des Griechisch-Angebots, das an der Goetheschule mittlerweile gut etabliert ist. Sie bietet anderen Interessierten Unterstützung an und kann entweder über den Ausländerbeirat der Stadt Gießen oder direkt über anna.bouka@gmx.de kontaktiert werden.

- | | |
|----|---|
| 5. | Gründung einer AG zu den Themen Schulische Bildung und Interkulturelle Elternarbeit |
|----|---|

Dieser TOP wird vertagt.

- | | |
|----|--|
| 6. | Teil 2 - nur KAB: Antrag des AK Migrantinnen auf Durchführung eines Frauen-Empowerment-Trainings |
|----|--|

Markéta ROSKA und Sarah KARJEE erläutern die Hintergründe des Antrags:

Der AG Migrantinnen des KAB möchte im Frühjahr einen Workshop zum Empowerment für (zugewanderte) Frauen veranstalten. Teilnehmen können die Frauen des KAB und, wenn noch Plätze frei sind, auch Frauen von anderen Ausländerbeiräten des Landkreises oder aus deren Umfeld.

Der Vorsitzende bittet darum abzustimmen und ruft alle anwesenden KAB-Mitglieder nach einander namentlich zur Stimmabgabe auf.

Der Ausländerbeirat beschließt 650 Euro für die Durchführung eines Empowerment-Workshops für zugewanderte Frauen aus seinem Budget aufzuwenden.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig, ohne Enthaltung.

Angelika KÄMMLER freut sich über den Beschluss und wünscht den Frauen des KAB rege Teilnahme und gutes Gelingen.

- | | |
|----|---|
| 7. | Teil 2 - nur KAB: Antrag Hanau-Gedenk-Veranstaltung |
|----|---|

Tim VAN SLOBBE teilt mit, dass der Vorstand beschlossen hat, die Gedenkveranstaltung für die Opfer der rassistischen Morde in Hanau am 19. Februar mit zu organisieren und 150 Euro für Kerzen, Blumen u.a. dafür aufzuwenden.

Der Mahngang findet am 19. Februar von 15 bis 17 Uhr statt und beginnt und endet jeweils mit einer Kundgebung auf dem Berliner Platz. Es werden noch Ordner*innen gebraucht!

Der Vorsitzende weißt außerdem auf eine am selben Tag stattfindende Protestkundgebung der „Corona-Rebellen“ hin, die von Rechtsextremisten mit organisiert wird. Das Bündnis Gießen bleibt bunt hat eine Gegenveranstaltung angemeldet. Weitere Informationen wurden und werden per E-Mail und Facebook geteilt.

Eine Kundgebung gegen die Coronaleugner*innen findet außerdem am Montag, 21. Februar um 18:30 auf dem Marktplatz in Grünberg statt.

8. Teil 2 - nur KAB: aktuelle Gremienrunde

Tim VAN SLOBBE betont, dass es wichtig ist, dass alle Delegierten ihre Termine im Blick behalten und teilnehmen. Wer nicht teilnehmen kann, wird gebeten die Vertretung rechtzeitig zu regeln oder der Geschäftsstelle Bescheid zu geben.

Markéta ROSKA teilt mit, dass ein Berichts Antrag zum Stand der Antidiskriminierungsarbeit in der nächsten Kreistagsitzung gestellt wird. Der Bericht soll bis zur nächsten Sozialausschuss-Sitzung schriftlich vorliegen.

Juanba YBANEZ CENTENO fragt, wie im KAB über die Teilnahme der KAB-Mitglieder an den Gremien-Sitzungen berichtet werden soll. Dafür gibt es derzeit keine Struktur. Tim VAN SLOBBE schlägt erstmal vor, wenn etwas Wichtiges behandelt wird, das entsprechende Protokoll herum zu schicken oder über die Geschäftsstelle verschicken zu lassen.

In der nächsten Vorstandssitzung soll über den Umgang mit den Berichten aus den Gremien gesprochen werden.

Teresa MARTELLA kann derzeit nicht regelmäßig an den Sitzungen des Umweltausschusses teilnehmen. Die Vertretung soll je nach Kapazitäten der Mitglieder von Sitzung zu Sitzung geregelt werden.

9. Teil 2 - nur KAB: Termine und Mitteilungen

Es gibt keine weiteren Mitteilungen.

Nächster Termin: (Gegen-)Kundgebung „Impfen ist Solidarität“ des Bündnis Gießen bleibt bunt am Samstag, 13 Uhr, danach, um 15 Uhr, die bereits genannte Kundgebung zu den Morden von Hanau.

Vorsitzender Tim VAN SLOBBE schließt die Sitzung des Ausländerbeirates um 21:30 Uhr.



Tim van Slobbe
Vorsitzender



Markéta Roska
Schriftführerin